

Calmer Tagblatt

Nr. 279.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Druck- und Verlagsanstalt: Calmer Tagblatt, Calw, im Jahre 1921.

Dienstag, den 29. November 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung 30 Pf., 12 Pf. Vierteljahr, 40 Pf. halbjährlich, 75 Pf. jährlich, 12 Pf. 12 Monate mit Zustellung. — Zahlung der Abrechnung am 1. des Monats.

Neueste Nachrichten.

Nach einer „Gehänge“-Medlung sind Italien und England für die Einladung Deutschlands zur Washingtoner Konferenz.

Lloyd George wird sich zum Schluß der Verhandlungen nach Washington begeben.

Hardings Ansicht ist, daß Deutschland als Mitglied einer Gesellschaft der Nationen genügend „gebunden“ ist, daß Frankreich nichts mehr zu befürchten habe.

Die Zahl der gegen die Bolschewisten aufständischen Ukrainer wird auf 1 Million angegeben. General Peiljura sollte in kurzem über 100 000 zu verfügen. Die Kämpfe würden mit größter Erbitterung geführt.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“, aus Saarbrücken berichtet, wurde im lothringischen Kohlengebiet fast überall der Streik verkündet. Die Bergwerke sind in den meisten Gruben seit Donnerstag nicht mehr eingefahren. Militär ist nach den Grubengebieten abgegangen.

Wie aus Prag gemeldet wird, haben ungarische Truppen unter Führung einiger Offiziere einen Einfall in das Grenzgebiet von Westböhmen gemacht und einige Dörfer auf tschechisch-polnischen Gebiet besetzt.

Unter Förderung der Polen hat bereits die Verankerung der deutschen Industrie an das Ausland eingeleitet.

Die Weltkonferenz von Washington.

Hardings Gesellschaft der Nationen.
Paris, 28. Nov. Der Plan des Präsidenten Harding bezüglich der neuen Völkervereinigung umfaßt (nach dem Stuttg. N. Tagbl.): 1. die Vereinigung aller Nationen in einer festen Organisation, die nicht das Recht haben soll, irgend welche Eingriffe in die Souveränität eines Staates vorzunehmen, 2. die Errichtung eines internationalen Weltgerichtshofes, der die Fragen des internationalen Rechts lösen soll, 3. die Errichtung eines internationalen Vertrags, der alle Streitigkeiten nach gründlicher Untersuchung beilegen soll. Jährliche Versammlungen dieser Völkervereinigung sind in Aussicht genommen. Ihr würden nicht nur die Großmächte, sondern auch alle kleineren Staaten angehören, sofern diese an den Beratungen teilzunehmen wünschten.

Franzosenfeindliche Kundgebungen in Italien.

Paris, 28. Nov. Nach Meldungen aus Rom hat der französische Botschafter Barrere gestern beim Minister für auswärtige Angelegenheiten della Torretta gegen die franzosenfeindlichen Kundgebungen der letzten Tage Verwahrung eingelegt. Diese Kundgebungen sind Folgen der Äußerungen Briands in Washington über das italienische Heer.

Paris, 28. Nov. Wie aus Washington gemeldet wird, empfing Briand gestern Abend die Vertreter der Presse. Er wurde über die Gerüchte gefragt, die in Italien die Kundgebungen gegen Frankreich hervorgerufen hätten und demerhierte nachdrücklich die Briand zugehörigen Äußerungen. Er setzte hinzu, daß der französische Ministerpräsident zu keiner Zeit auch nur ein Wort gesprochen habe, das die Empfindlichkeit der italienischen Abordnung hätte verletzen können.

Frankreich Diktator.

London, 28. Nov. „Observer“ schreibt, Briand und seine Sachverständigen hätten der Konferenz den Polen ausgeschlagen. Frankreich fordere Macht zu Lande, zur See und in der Luft, die ihm eine Ueberlegenheit über alle seine Nachbarn geben würde. Frankreich würde damit zum Diktator über West- und Mitteleuropa, Beherrscher des Mittelmeers und Herrscher in der Türkei, wenn noch die ausgedehnten Okkupationen und die selbstmörderischen Reparationen sowie die weitere Zerstückelung Deutschlands dazu gerechnet werde, wobei das wirtschaftliche Chaos unendlich würde. Dies sei ein Standpunkt, den England oder Italien keinen Augenblick einnehmen könnten.

Die Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz.

Paris, 28. Nov. Nach dem Washingtoner Sonderbericht des „New York Herald“ hat die amerikanische Abordnung erklärt, die Vertreter der Vereinigten Staaten würden

im Falle, daß die Verhandlungen der Konferenz scheiterten, offen aussprechen, auf welche Weise dies geschehen sei und wem die Schuld treffe.

Um die Einladung Deutschlands.

London, 28. Nov. Nach einer Exchange-Meldung ist Italien ebenso wie England dafür, daß Deutschland zur Washingtoner Konferenz eingeladen wird.

Deutschland als Mitglied der Gesellschaft der Nationen.

New York, 28. Nov. (Funknachricht) Die „New York World“ aus Washington meldet, wird angenommen, Hardings Meinung gehe dahin, daß Deutschland durch seine Mitgliedschaft in einer Gesellschaft der Nationen und die damit freiwillig übernommenen Verpflichtungen so unmittelbar und vollständig gebunden sei, daß Frankreich von seinem rächtlichen Alporiden, das ihm ein künftiger deutscher Angriff verurteilt, befreit wäre. Frankreich werde mit Deutschland in Washington an demselben Beratungskomitee zusammensitzen, wenn die Ver. Staaten es unternehmen, mit Frankreich die Verantwortung zu tragen, daß die Zahlung der deutschen Reparationsverpflichtungen sichergestellt werde.

Lloyd Georges Interesse an Washington.

New York, 28. Nov. (Funknachricht) „New York Tribune“ meldet aus Washington: Lloyd George liegt nach der Meinung gut unterrichteter Kreise viel daran, sich mit Harding und Hughes über die von Harding vorgeschlagene Gesellschaft der Nationen zu besprechen. Dies erklärt seine persönliche Bestellung von Plänen auf der „Aquitania“. Man nimmt an, daß die Absicht, zum Schluß der Verhandlungen zu gelangen ohne daß Deutschland gefragt wird, wesentlich dazu beigetragen habe. Lloyd George zur Reise nach Washington zu bestimmen. Es ist keine Maschade, daß die Engländer bestrebt sind für die Lage Deutschlands irgend etwas zu tun, was Deutschland wieder auf eine Grundlage stellt, auf der es möglich wäre, mit ihm Handel zu treiben und gleichzeitig die Franzosen zu veranlassen, ihre Herrschaft zu herabzuziehen. Eine weitere wichtige Aufgabe in Washington ist es eine zufriedenstellende Regelung in Betreff der amerikanischen Einwände gegen das englisch-japanische Bündnis zu finden.

Abbau der Konferenz?

Paris, 28. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter des „New York Herald“ meldet, daß zur Regelung der Schantungfrage, der sibirischen und der mandchurischen Frage Unterausschüsse eingesetzt werden sollen. Die amerikanischen Delegationen dächten jetzt an eine Vertagung der Verhandlungen über Reichsfragen. Das bedeute indessen kein Schwenden der Aussichten auf Erfolg, sondern lediglich, daß die Verwickeltheit der auf der Tagesordnung stehenden Fragen erkannt worden sei.

Ein Angriff auf Briand in der französischen Presse.

Paris, 28. Nov. Das „Journal des Debats“ schreibt, es habe sich bemüht, den Ministerpräsidenten Briand davon abzuhalten, nach den Vereinigten Staaten zu reisen, um eine Rolle auf einem Terrain zu spielen, das von Abgründen durchzogen sei. Es habe verschlossenen Ohren gepredigt. Briand habe es vorgezogen, nach Washington zu reisen, nachdem er gewissermaßen als Vorwort zu seiner großen Rede vor dem transatlantischen Kongress nach Angola ein Telegramm geschickt habe, in dem er die Ratifizierung des französisch-türkischen Abkommens anzeigte. Jetzt sei man in der Lage, diesen glücklichen Einfluß des türkisch-französischen Abkommens und die Wirkungen der Redediplomatie zu würdigen. Das Blatt hofft, daß die Erfahrung die französischen Staatsmänner vor schlechten Wegen ablenken werde und daß sie nunmehr zu Methoden zurückkehrten, die durch glücklichere Präzedenzfälle geheiligt seien. Sie müßten in bestimmter Form den Meinungs-austausch mit London aufnehmen. Das „Journal des Debats“ führt aus, es sei vorzuziehen, daß an der Spitze der Regierung ein tätiger und schweigsamer Mann stehe, der die gemeinsamen Angelegenheiten zur allgemeinen Befriedigung regelt. Der Platz für einen Artisten sei die Theaterbühne. Staatsmänner aber, die damit beauftragt seien, die auswärtigen Geschäfte zu führen, müßten in ihrem Arbeitszimmer arbeiten und müßten die Erfahrungen und die Talente ihrer Mitarbeiter bestmöglich nutzbar machen. Das Blatt hält es für notwendig, daß Briand nach seiner Rückkehr vor den Kammern eine öffentliche Erklärung abgebe. Es wolle die Aufgabe der Regierung nicht erklären, sondern nur den Ministerpräsidenten auffordern, den besten Nutzen aus den Ereignissen im nationalen Interesse zu ziehen. Das Pariser Kabinett möge mit dem von London eine allgemeine Prüfung der Orientfrage vornehmen, denn die Lage sei verworren. Gewisse Fehler seien nicht wieder gut-

zumachen, doch sei es noch Zeit, Ordnung in die Dinge zu bringen. Um das zu erreichen, müsse man die Fragen der Eigenliebe beiseite lassen u. nur an das Allgemeinwohl denken.

Wiedergutmachungen und Kredithilfe. Stimmes und der Reichsverband der deutschen Industrie.

Berlin 29. Nov. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, tritt heute Vormittag das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zusammen. Auch Hugo Stinnes wird an der Sitzung teilnehmen. Nachmittags soll eine Sitzung des Kreditausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie stattfinden.

Kathenau in London.

Berlin, 29. Nov. Zu der Nachricht der Londoner „Morningpost“, wonach Dr. Kathenau und Dr. Simons in London eingetroffen seien, erfährt die „Deutsche Allg. Ztg.“ von unterrichteter Seite, daß es sich bei letzterem nicht um den früheren Minister des Auswärtigen Dr. Simons, sondern um einen Mitarbeiter Kathenaus, Oberstleutnant a. D. Dr. Simons, handelt. Wie das Blatt weiter mitteilt, ist die Reise des früheren Wiederaufbauministers nach London in privater Angelegenheit erfolgt.

London, 28. Nov. Die „Morning-Post“ berichtet, daß Dr. Kathenau und Dr. Simons heute in London eingetroffen sind. — Towningstreet stellt die Meldung eines Berliner Blattes wonach Lloyd George und Stinnes zusammengekommen sei, in Abrede.

England und die Wiedergutmachungen.

Paris, 28. Nov. Dem „Journal“ wird aus London berichtet, man erwarte dort in der kommenden Woche Lord Aberdeen und den Vertreter Englands in der Wiedergutmachungskommission, Lord Balfour, die 2 Sachverständigen, die an Ort und Stelle die deutsche Finanzlage studiert hätten. Der Berichterstatter sagt, wenn er gut unterrichtet sei, wolle die englische Regierung die Mittel prüfen, durch die man Deutschland für die Regelung der Reparationsfrage beistehen könne.

Die Durchführung des Diktats von Genf-Paris.

Die Veräußerung der ober-schlesischen Industrie.

London, 28. Nov. Einer Meldung der „Morning-Post“ aus Warschau zufolge wird berichtet, daß Bergwerke in Königshütte in französische Hand und 2 Eisenwerke in Königshütte in englische Hand übergegangen seien. In Kattowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Polen fördere solche Verkäufe, da die Aufrechterhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Die Schwierigkeit bei der Festsetzung der neuen Grenze.

Oppeln, 28. Nov. In einer Reihe von deutschen Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, daß die ober-schlesische Grenzkommission die zukünftige Grenze derart festgelegt habe, daß die Kreisbahn Ratibor-Rauden-Gleiwitz an sechs Stellen über polnisches Gebiet führt. Diese Nachricht ist in der vorliegenden Form unzutreffend. Zunächst ist daran zu erinnern, daß die Grenzkommission grundsätzlich an die durch die Genfer Beschlüsse festgelegte Linie gebunden ist, die den kommunalen Grenzen folgt. In dem fraglichen Abschnitt greifen nun die Gebiete der einzelnen Gemeinden derartig ineinander über, daß bei strikter Annahme der kommunalen Grenzen die Kreisbahnlinie Ratibor-Gleiwitz tatsächlich nicht weniger als sechsmal durchschnitten würde. Das Bestreben der deutschen Mitglieder der Grenzkommission ist darauf gerichtet, alles daran zu setzen, um einen Ausgleich herbeizuführen, der die ganze Kleinbahnlinie auf deutscher Seite beläßt. Allen derartigen Nachrichten gegenüber ist zu betonen, daß endgültige Beschlüsse über den fraglichen Grenzabschnitt zur Zeit noch nicht getroffen sind.

Deutschland.

Noch keine Note gegen Briands Behauptungen.

Berlin, 28. Nov. Zu der Meldung des „Zeitungen“, daß das Reichskabinett beschlossen habe, dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Dreier, zur Übermittlung an Staatssekreter Hughes eine Note zu übergeben, in der Deutschland gegen die von Briand in Washington ausgesprochenen Behauptungen über angeblich in Deutschland bestehende militärische Leistungen protestiert, erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß zwar Erwägungen schweben, wie die völlige Unbegrenztheit

shen. Eine necesse
Käufer müssen sich noch
Hauptfälligkeiten erst
Stammholz, aber auch
nach zu. Bei Stamm-
erlaubt, auf
n noch auf nicht viel
Bäume.
bei frostfreiem Wet-
Oktober bis in den
Verjüngung bezweckt
lechten oder älteren
schiffe. Die Ertran-
die Verlebung durch
ht sein. Beim Ver-
te ihrer Länge durch
en und Zweigen aus-
Nichtung liegen.
e verstrichen werden.
Kern, Stein- und
Rudolphi, Calw
Buchdruckerei, Calw.
Stammheim.
starkes
Kaiser-Schwein
Bauer
Binder, Pfälzerei.
Altbuch.
Verkaufe am Mittwoch
Altbuchfesttag
für einen Wurf aus Treffer
ohne
Altschweine
H. Weber, zur Kron.
Forstamt Hoffeld.
Post Leinach.
Stammholz-
Verkauf.
Am Samstag, 10. Dezbr.
1. vormittags 10 Uhr
Dienstag im „Lamm“
Leidholz aller vier Arten:
So mit 3m Länge:
1. 103 II., 112 III., 57
12 V., 1 VI.; Eiche:
1. 19 II., 13 III. Al:
1. 22 II., 55 III., 38 IV.
1. 2 VI. Eiche: 84
1. 5 III. Al. Loser-
nisse von der Sonntag
O. F. S. Stuttgart.
n 18 jähre. Junge
ht auf 1. Januar
stellung
s Führerrecht
einem leichten Führer-
best Angebote unter 5
78 a. d. Weichselstr. 20
Kottweilertand
(Küde) hat sich
verkauft. zu
angeben gegen
eine Bezahlung
bei
Friedrich Gaiser
Altbuch.
Eine alleinlebende ältere
Frau
schon Hausarbeiten ver-
en kann gegen Kost und
wohnung für sofort oder
ler
Su erfragen in der Ver-
stelle dieses Blattes.
Fahrpläne
den Bezirk Calw
mäßig in der Gesand-
des Blattes, am
Stück zu 80 Pf.

Behauptungen Brlands richtiggestellt werden können, daß aber irgendwelche Entscheidungen darüber, in welcher Form dies geschehen solle, noch nicht getroffen sind.

Der Arbeitsplan des preußischen Innenministers.

Berlin, 27. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem preußischen Minister des Innern, Severing, der hervorhob, daß die Kommunalverfassungsgesetze die dringlichsten Angelegenheiten im Verwaltungsbereich des Ministeriums des Innern darstellen. Die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen, die ursprünglich durch ein besonderes Gesetz geregelt werden sollte, werde, worüber bei den Koalitionsparteien schon Uebereinstimmung bestehe, bei der Fertigstellung der Provinzialordnung ihre Regelung finden. Bezüglich weiterer Maßnahmen für die Demokratisierung der Verwaltung wies der Minister es als böswillige Unterstellung zurück, wenn behauptet werde, daß die Regierung Hintertreppenspolitik zu betreiben beabsichtige. Dagegen liege es im staatlichen Interesse, daß besonders der Teil der Beamtenschaft ermuntert und gefördert werde, der sich unzweideutig auf den Boden der Verfassung stelle und in der Staatsregierung den demokratischen Geist lebendig machen wolle.

Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder.

Berlin, 26. Nov. Das Reichskabinett hat, wie bereits gemeldet, für die Zwecke der Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder einen Betrag von 100 000 Mark für das laufende Etatsjahr zur Verfügung gestellt. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dazu erzählt, soll diese Ernährungsfürsorge des Reichs, bei deren Durchführung auch auf die finanzielle Beteiligung der Länder gerechnet wird, vornehmlich den Kreisen der Bevölkerung zugute kommen, die von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not besonders betroffen werden. Sie soll mit dem Kinderhilfswerk der Quäker dergestalt verbunden werden, daß die für die Speisungen durch die Quäker benötigten Mengen Wehl und Zucker von der deutschen Regierung weiter unentgeltlich bereitgestellt werden.

Der Ausverkauf im besetzten Gebiet.

Mainz, 26. Nov. Wie die Handelskammer mitteilt, wird in einer dem Reichs-Kommissar der besetzten rheinischen Gebiete zugewandenen Note der interalliierten Rheinlandkommission zweifellos klargestellt, daß auch im besetzten Gebiet die Erhebung besonderer Zuschläge bei Verkäufen an Ausländer zulässig ist, soweit es sich nicht um Angehörige der alliierten Armeen und der Rheinlandkommission handelt und um die ihnen zugewiesenen Personen und Familienangehörigen, die sich als solche ausweisen. — Damit sind alle Maßnahmen natürlich wertlos.

Landtag.

Beratung des Gesetzes über die staatliche Polizeiverwaltung.

Der Zentrumsabgeordnete Bod erstattete den Bericht des Ausschusses. Die ursprüngliche Absicht, das gesamte Polizeigebiet der Gemeinden in die Verwaltung des Staates herüber zu nehmen, wurde durch den bekannten Antrag Heymann-Bod-Scheef ausgegeben, jedoch die Polizei den Gemeinden grundsätzlich überlassen bleibt und nur einzelne Zweige wie die Sicherheits- und Kriminalpolizei unter staatliche Obhut kommen. Bazille (SP.) charakterisierte das Gesetz als nicht für die Dauer geschaffen, sondern nur dazu bestimmt, den schweren Gefahren für die Sicherheit und den Bestand des Staates zu begegnen. Die Bürgerpartei stimmt deshalb zu. Den Reiz der Oppositionsredner erdrosselte der Unabhängige Schuler, der den Mehrheitssozialisten vorwarf, sie hätten ihre frühere Gegnerlichkeit gegen die Polizeiverstaatlichung um das Linsengericht eines Ministerpostens verkauft. Der Landespolizeibeamt sei nur ein Pflasterlein auf die Wunden der Gemeinden. Die Polizeiverstaatlichung solle den Untertanengeist konjervieren und bilde eine Gefahr für die Errungenschaften der Revolution. Selbst der Grundgedanke „keine Ausgabe ohne Deckung“ sei dabei verlassen worden. Unter der früheren Staatsform hätte man die Gemeinden nicht so brüskiert. Der Abg. Heymann verteidigte die Mehrheitssozialdemokratie. Es sei die Schuld der Unabhängigen und Kommunisten, daß schon bei ihren Putschversuchen 1919 eine staatliche Polizei ins Leben gerufen werden mußte. Ursprünglich sei keine Partei nur für die Verstaatlichung der Kriminalpolizei gewesen, aber es sei falsch, daß der Polizeibeirat nur eine Dekoration bilde; gerade er gewährleistet den Gemeinden den nötigen Einfluß im Sinne der Selbstverwaltung. Bazille habe recht, daß das Gesetz nicht auf die Dauer sein soll. Der Kommunist Stetter hielt eine leidenschaftliche Protestrede, sprach von einem Knebelungsgeß gegen die Arbeiterklasse, beschwor den Geist des ermordeten Erzberger, trumpfte mit deutsch-nationalen Mörderbanden auf und erklärte, nur die Angst vor der Bankrottspolitik diktiere dieses Ausnahmegesetz, das das Schlechthandelsobjekt der Sozialdemokratie um einen Ministerposten sei. Als er von einer Hanswurstaube zwischen Graf und Heymann und von einer Nural mit doppeltem Boden sprach, erhielt er einen Ordnungsruf. Die Kommunisten lehnen das Gesetz ab und stimmen den Anträgen der Unabhängigen zu. Nicht in dieser Wade falle die Entscheidung, sondern draußen auf der Straße durch die Reihen. Der 9. November 1918 werde sich in anderer Gestalt wiederholen. Der DDP-Abg. Scheef widerlegte eingehend die gegen den Entwurf erhobenen Bedenken. Die Durchführung des Gesetzes werde in bürgerlicher Form erfolgen, nicht im Sinne des Militarismus. Mittel und Wege für die finanzielle Deckung würden gefunden werden. Die Gemeindeverwaltungen erhielten Erleichterungen und finanzielle Entlastung. Minister Graf verwahrte sich gegen eine Schmälderung der Selbstverwaltungsrechte und berief sich auf das Zeugnis des Bundes des Städtetages. Von Militarisierung könne keine Rede sein. Die neue Gemeinde- und Bezirksordnung werde

im Laufe des nächsten Jahres kommen. Nach weiterer lebhafter Debatte wurde um halb 1 Uhr die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 4 Uhr vertagt.

Arbeiterchaft und Aufsichtsrat der Redar-A.G.

Auf die Kleine Anfrage der Abg. Stetter und Schneck (Komm.) wegen Beteiligung der Arbeiterchaft im Aufsichtsrat der Redar-A.G. wurde von Minister Graf erklärt: Nach den zwischen dem Reich und den Ländern Württemberg, Baden und Hessen bei Gründung der Redar-A.G. getroffenen Vereinbarungen sollte zunächst ein von Baden vorgelegener Vertreter der Arbeiterchaft im Aufsichtsrat Sitz und Stimme erhalten, als welcher in der ersten Generalversammlung dann auch der den freien Gewerkschaften angehörige Gewerkschaftssekretär Heinrich Fischer in Karlsruhe gewählt worden ist. Es ist mir dann gelungen, nicht nur bei den übrigen Gründern die Zusage der Wahl eines weiteren Arbeitervertreter, sondern auch das zu erreichen, daß das Reichsverkehrsministerium, dem für diesen Vertreter das Vorschlagsrecht eingeräumt werden mußte, sich bereit erklärte, einen Vertreter der württembergischen Arbeiterchaft zu benennen. In einem an das Reichsverkehrsministerium gerichteten Schreiben vom 12. Sept. ds. Js. habe ich den von der Bezirksleitung des 9. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbands angeregten Weg, das Kartell der Vereinigten Gewerkschaften von Württemberg und Hohenzollern um Vorschläge zu ersuchen, als geeignet bezeichnet und dabei weiter bemerkt, daß außer diesem Kartell für Vorschläge 1) der Christl. Metallarbeiterverband, Bezirksleitung Stuttgart, 2) der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Bezirksleitung Stuttgart-Gomstätt in Betracht komme. Das Reichsverkehrsministerium hat mir kein an die drei genannten Organisationen gerichtetes Schreiben mitgeteilt, in dem diese ersucht werden, dem Reichsverkehrsministerium eine oder mehrere geeignete Persönlichkeiten, die den Arbeiten der Gesellschaft nahestehen, im Benehmen miteinander baldmöglichst vorzuschlagen. In der Generalversammlung vom 5. November ds. Js. hat sodann der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums bei der Vornahme einer Reihe von Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat, wo es dem Rechte des Reichsverkehrsministeriums entsprach, von sich aus, ohne daß mir hierauf irgend eine Einwirkung möglich gewesen wäre, den Landtagsabgeordneten Karl Bengler als weiteren Arbeitervertreter vorgeschlagen, der dann auch ohne Erörterung gewählt worden ist. Hierin eine Aenderung herbeizuführen, steht mir schon rein rechtlich nicht zu.

Achtstundentag und Mählengewerbe.

Minister Reil gab auf die Kleine Anfrage des Abg. Wilhelm Beißwenger (D. V.) folgende Antwort: Die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, die zurzeit noch in Geltung ist, ermöglicht es, den Bedürfnissen des württembergischen Mählengewerbes und der landwirtschaftlichen Betriebe Rechnung zu tragen durch eine von den allgemeinen Vorschriften abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder den Demobilisierungskommissar, falls dies im öffentlichen Interesse nötig ist. Erfolgt die Genehmigung durch den Gewerbeaufsichtsbeamten, so ist Zustimmung der Arbeitervertretung des Betriebs Voraussetzung der Ausnahmegenehmigung. Im übrigen werden nach der Auffassung des Arbeitsministeriums Fragen dieser Art zweckmäßig durch Vereinbarungen zwischen den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geregelt. Im gleichen Sinne äußerten sich bei einer im Juni ds. Js. im Arbeitsministerium stattgefundenen Besprechung der an der Frage beteiligten Kreise des Mählengewerbes sowohl die Vertreter der Arbeitnehmer wie die der Arbeitgeber, und einer Anregung des Arbeitsministeriums entsprechend sollten alsbald unmittelbare Verhandlungen zwischen den Parteien in dieser Richtung aufgenommen werden. Da nach einer neuerlichen Mitteilung diese Verhandlungen bisher ein Ergebnis nicht gehabt haben, wird sich das Arbeitsministerium wiederholt mit den beteiligten Organisationen wegen tariflicher Regelung der schwebenden Fragen ins Benehmen setzen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. November 1921.

Prüfungsergebnis.

Bei der im Herbst dieses Jahres vorgenommenen Prüfung für den mittleren Justizdienst ist u. a. Bewerber zur Uebernahme der in Betracht kommenden Ämter für befähigt erklärt und zum Notariatspraktikanten bestellt worden: Gotthilf Dännebach von Stammheim.

Deutschnationaler Jugendbund Calw.

Am letzten Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Calw des Deutschnationalen Jugendbundes im Badischen Hof eine öffentliche Feler. Eröffnet wurde diese mit der Wiedergabe des ersten Satzes aus Haydn's Militärmusik durch das Orchester der Ortsgruppe Pforzheim des Deutschnationalen Jugendbundes, unter der künstlerischen Leitung Fritz Häußens-Pforzheim. Der Vorstand der Ortsgruppe Calw, Rolf Hägtele, hielt die Begrüßungsansprache. Er hieß die Anwesenden, jung und alt, die Gäste und Freunde und vor allem die Pforzheimer Kameraden herzlich willkommen. Der Zweck des Abends sei vor allem, die deutsche Jugend zu wecken und zu werden für den deutschnationalen Jugendbund, der überparteilich und keine Parteilichkeit treibend die deutsch und national denkende Jugend sammeln wolle für den Wiederaufbau des darniederliegenden Vaterlandes. Vor allem wende er sich gegen die Verwahrlosung der Gegenwart und die Schuldliteratur. Es folgten der Vortrag des Gedichtes „Bergessen“ von Barack und das Vorspiel zur Oper „Kunsthild“ von Kistler (Orchester). Karl Schmidt-Pforzheim sprach dann in einem kurzen erklärenden Vortrag über die „Nationale Jugendbewegung“. Das Deutsche Reich sei nicht mehr, nur noch eine wehmütige Erinnerung. Was sich heute mit seinem Namen schmücke, könne die deutschnationale Jugendbewegung als solches nicht anerkennen. Aber sie hoffe, daß aus Trümmern und Ruinen neues Leben erkehen werde. Es gelte vor allem, die deutsche Seele zum Siege zu führen gegen den Materialismus. Zu der wahren Volksgemeinschaft komme man nur über das nationale Bewußtsein.

Und die Rolf- und Brudergemeinschaft sei das Ziel auch der D. N. Jugendbewegung. Es werde von ihr keine Parteipolitik getrieben, sondern der nationale und soziale Geist gepflegt über alle konfessionellen Unterschiede hinweg. So könne die stetige geschichtliche Entwicklung des deutschen Vaterlandes wieder aufgenommen und weitergeführt werden, die der 9. November gewaltam unterbrochen habe. Der Vortrag müsse sein: die Tat, der Leitsatz: für das Vaterland. Der Redner forderte zum Schluß die Jugend auf zur Mitarbeit an der D. N. Jugendbewegung und bittet Eltern und Lehrer um Unterstützung. Nach dem Vortrag wurde das Deutschlandlied von der Versammlung stehend gesungen. Das Gedicht „Auswendiglernen“ von Bierles von Münchenhausen, zwei Gesangsvorträge „Auch ich war ein Jüngling mit lockigem Haar“ und „Wohlauf noch getrunken den funkelnden Wein“, das Gedicht „Was uns bleibt“ von Reuer und der Schlussspruch „Unser Garde“ von Förster bildeten den zweiten Teil der Darbietungen. Die Schlussansprache mit Dankworten an Mitwirkende und die Teilnahme der Anwesenden und dem Dank für die Einladung hielt Erich Studel, der Vorstand der Jugendgruppe Pforzheim.

Elbsaß-Polnische Flüchtlinge.

Mit dem 19. August 1921 ist endlich das Verdrängungsgesetz in Kraft getreten, auf das die Flüchtlinge des Ostens und Westens seit Jahr und Tag gewartet haben. Soweit das Gesetz die elbsaß-polnischen Flüchtlinge betrifft, gewährt es mehr als diese Flüchtlinge bisher auf Grund der „Nichtlinien“ vom 9. Januar 1920 im Wege der Vorentscheidung an Vorschüssen und Beihilfen erlangen konnten. Gleichzeitig mit dem Verdrängungsgesetz ist auch die Entschädigungsordnung in Kraft getreten, die als Besonderheit ein sogenanntes Vorprüfungsverfahren durch die „Interessens-Verbände“ vorsieht. Mit der Organisation dieser Stellen hat man begonnen. Wollen die Flüchtlinge irgend einen Einfluß hierbei ausüben, so können sie dies selbstverständlich nur dadurch tun, daß sie dem für ihren Wohnsitz zuständigen Verein beitreten.

Neuregelung der Bezüge der Körperschaftsbeamten.

Durch einen Erlaß des Ministeriums des Innern an die Gemeinden, Amtskörperschaften usw. werden die Bezüge der Körperschaftsbeamten entsprechend dem Vorgang im Reich neu geregelt. Einer förmlichen Aenderung der einzelnen Besoldungsjahrgänge und ihrer wiederholten Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden bedarf es nicht, da die neuen Grundgehälter, Kinder-, Orts- und Teuerungszuschläge ohne weiteres an die Stelle der bisherigen treten. Dagegen ist es nicht zu umgehen, daß die Gemeinde- und Bezirksräte usw. die neuen Bezüge zur Zahlung anweisen. Mit diesen Anweisungen sollte nicht zugewartet werden, bis der Landtag das Besoldungsgesetz förmlich verabschiedet haben wird. Im Hinblick auf die auch in weiten Kreisen der Körperschaftsbeamten herrschenden Äußerungen Notlage ist es geboten, die planmäßigen und außerplanmäßigen Körperschaftsbeamten sobald als möglich in die neuen Bezüge einzuzweielen. Die Einzelregelung wird genau nach den Vorgängen beim Reich und Land bestimmt. Auch die Dienstbezüge der nebenberuflichen Beamten sollen angemessen erhöht werden. Gemeinden und Körperschaften, die den Mehraufwand der neuen Besoldungsaufbesserung nicht aufbringen können, haben bis 1. Dezember ihren Mehraufwand anzumelden und erhalten entsprechenden Voranschlag aus Reichsmitteln. Gemeinden und Bezirksverbände, deren Umlage weniger als 20 Prozent beträgt, bedürfen zur Bestreitung des Besoldungsaufwands eines Vorprüfens im allgemeinen nicht. Die Oberämter und Kreisregierungen haben bis 5. Dezember ihre Forderungen beim Ministerium bezüglich des Vorprüfens anzumelden.

Von der Lebensmittelversorgung für wirtschaftlich Schwache.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Bei der von den landwirtschaftlichen Hauptorganisationen zugunsten der wirtschaftlich Schwachen Kreise der Bevölkerung eingeleiteten Sammlung von Kartoffeln und in Gebieten, in denen die Kartoffelernte schlecht ausgefallen ist, von Getreide, zum Umlagepreis, stehen nach den bisherigen Meldungen folgende Bezüge an der Spitze: mit Kartoffeln: Saulgau mit 2800 Ztr., Ulm mit 2000 Ztr., Reiblingen mit 2000 Ztr. und Ehingen 1800 Ztr. Mit Getreide der Bezirk Neckarstulm mit 500 Ztr. Diesen erfreulichen Ergebnissen, die von Verhältnissen für die derzeitige Notlage der wirtschaftlich Schwachen zeugen, stehen leider, wie eine beachtliche Darstellung des Ertrags der Sammlung in den einzelnen Bezirken des Landes zeigen wird, in einer Reihe von Bezirken Ergebnisse gegenüber, die auch bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Hindernisse hinter den begehnten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse gerechtfertigten Erwartungen weit zurückbleiben. Im Interesse der Lebensmittelversorgung der wirtschaftlich Schwachen und der Größeren der Stimmung und des sozialen Friedens wäre es dringend zu wünschen, wenn die Sammlung, vor allem auch in den zur Zeit noch besonders rückständigen Bezirken nachdrücklich gefördert und fernerzeit zu einem allseitig befriedigenden Abschluß gebracht würde.

Wetterbericht für Mittwoch und Donnerstag.

Die neue Störung im Nordosten macht langsam Fortschritte. Am Mittwoch und Donnerstag ist noch vorwiegend trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Landsturm-Bataillonstag in Rottweil.

Rottweil, 23. Nov. Die Vorbereitungen zum Landsturm-Bataillonstag Rottweil XIII/6 gehen dem Ende entgegen. Erfreulicherweise beteiligten sich die hiesigen Kameraden zahlreich an den Vorbereitungen, jedoch solche rasch zum Abschluß kommen. Die Stadt selbst bietet alles auf, den Aufenthalt der Gäste angenehm und gemütlich zu gestalten. Die Stadtbewohner sind noch in bestem Andenken als treue Besorger der freiwilligen Helfer während einer langen Zeit. Für Unterkunft der Gäste ist gesorgt durch Bereitstellung von 100 Betten in hiesigen Gasthäusern und durch Privatquartiere. Alles freut sich, wieder nach

so langer Zeit und frohes Wiedersehen gahreund nach erwünscht

Siehe, 28.

11) f e n u o l Winter wieder sie einen ter das Thema Weile behandel Gelange erstu Vorstandes, Oberpostleite ein beabsichtigten, den nächst herr Sanitäts Saal seines Ge Reife durch G weinde eingeleitenden Vortra gen dem Berei leit der ganzen (S. B.) Kor ter a D. E d a der hiesigen h und Vorstand (S. B.) Bo Es geht wie tenen Tagen. die Bodenrech türlich erheblic

Vortra

Nach einer Dr. Ströhl dem Vorsitzend Minuten Rede schule herabzieh eines Volkes müßte man fi nach höheres d nicht auf diese sionelle Zer der Simultan nelle Geschalte Bevölkerung d henschule, die als die, welche Antrag des D die die G e abgehen vom geschloßen sein religiösen Ein von Gott aus Tenn was mü lüßigen nicht a Bis jetzt sei da Neuordnung a ihre Ansthaun müßten die C religiösen Bil fallen. Der V hollischen, irra fchen. Das f Kinder. Es g Schule bleibe, müße überhau pädagogische G schloßen. Die Schule. Der ken in diesem zwanglichen L zu beurteilen Vollst auf d Rolfbund köni jemals das A zerissen sei. Daß die höher Es sei die S Schulen nur z dürfnis, ihre schiden. Auf vorher gezeig die religionsf religiösen die Ansprache er Schmidt-Em Schule für die Erwägungen gebaute Schu erhalte ein R Unterricht im Schule. Er beg anshaltungen an. — Er pe unterrichts in wenn Religion Kirche solle i vorangehen. — nig Ausnahm an der Simul nicht geade

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Brotkartenabgabe am Donnerstag, den 1. Dezember 1921, vorm. von 8^{1/2} - 9^{1/2} Uhr Buchstab A-F 10 12 " " G-L nachm. " 2-3 " " M-R " 3-5 " " S-Z

Die Karten sind zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen und bei Empfang sofort nachzuzählen. Für angedruckte zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Es wird daher ersucht möglichst keine kleine Kinder zu schicken. Die Karten sind für die Zeit vom 1. Dezember 1921 bis 28. Februar 1922. Es werden bei der Kartenzugabe Weismehlkarten abgegeben:
 1. an Kinder bis zu 8 Monate 1125 gr für einen Monat, 2. auf ärztliche Zeugnisse.
 Die Brotkarten, welche auf der Rückseite den Stempel des Stadtschultheißenamtes erhalten, gelten als Weismehlkarten und werden nur auf Verlangen abgegeben.

Bekanntmachung
 betreffend die
 Anmeldung von Veränderungen, welche eine Verichtigung des Grund-, Gebäude- oder Gewerbekatasters bedingen.

Auf Grund des Art. 4 des Gesetzes vom 20. Dezbr. 1899, betr. die Anlegung und Fortführung der Steuerbücher (Reg. Bl. S. 1219, und Art. 60 des Gesetzes vom 8. August 1903, betr. die Besteuerungsrechte der Gemeinden und Amtskörperschaften (Reg. Bl. S. 397), sowie § 7 der Anweisung des R. Steuerkollegiums Abteilung für direkte Steuern vom 23. September 1904 zum Vollzug des Gesetzes, betr. Abänderungen des Gesetzes vom 28. April 1873 über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer vom 8. August 1903 (Amtsbl. des Steuerkollegiums S. 227) werden diejenigen **Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuereigentümer** (und Gefällberechtigten), sowie **Gebäudebesitzer**, bei deren Grundstücken und Gebäuden während des laufenden Kalenderjahrs eine Veränderung stattgefunden hat, welche eine Änderung des Steuerkatasters zur Folge hat, aufgefordert, hievon bis **31. Dezember d. J.**, spätestens aber bis zum 15. Januar d. J. bei dem Ortsvorsteher Anzeige zu machen. Ebenso sind von den **Gewerbetreibenden** etwaige in ihrem Betrieb eingetretene (nachhaltige) Veränderungen bis **spätestens 31. Dezember d. J.** bei dem Ortsvorsteher anzuzeigen.

- Eine Anzeigepflicht liegt vor:
- I. Bei dem Grundeigentum und den Gefällen in den Fällen von Art. 70, 71 u. 72 des Gesetzes vom 28. April 1873 (Reg. Bl. von 1903 S. 344), n. o. insbesondere:
 - a) wenn die Natur eines Grundstücks auf die Dauer verändert wird durch Veranlagung von Teichen in Weiden, Wäldern usw. oder Umgehung, Veranlagung eines Grundstücks als Baumgarten, Hopfengärten, Seeröhren usw. oder durch das Anpflanzen einer solchen Veranlagung;
 - b) wenn ein Grundstück die Eigenschaft eines Gartens annimmt oder ein Garten eingeschlagene Grundstücke diese Eigenschaft verliert;
 - c) wenn eine Grundfläche an einen anderen Ort verlegt oder eine im Kataster angegebene Nutzung aus einer anderen Nutzung angeht oder sich verändert hat.
 - II. Bei den Gebäuden in den Fällen von Art. 81 und 82 des obengenannten Gesetzes, n. o. insbesondere:
 - a) wenn ein Gebäude oder Gebäudeteil neu errichtet worden, ganz oder teilweise zugrundegegangen, oder sonst zur Benutzung untauglich geworden ist;
 - b) wenn ein Gebäude eine Veranänderung oder eine Wertveränderung dadurch erfahren hat, daß es zum Zweck einer anderen oder anderen Verwendung baulich umgewandelt worden ist;
 - c) wenn ein Gebäude neu errichtet, oder wenn ein Gebäude durch Anhängen eines oder mehrerer Stodwerke, oder durch Ueberbauung einer weiteren Grundfläche vergrößert worden ist.
 - III. Bei den Gewerben gemäß Art. 100 des obengenannten Gesetzes:
 - a) wenn ein Gewerbe neu begonnen, oder mit einem schon bestehenden Gewerbe ein neues verbunden worden ist;
 - b) wenn ein Gewerbe oder eines von mehreren durch dieselbe Person betriebenen Gewerben aufgegeben worden ist;
 - c) wenn das Betriebskapital oder die Zahl der Gehilfen und Arbeiter bei einem Gewerbe erheblich und nachhaltig vermehrt oder vermindert worden ist.

Die Herren Ortsvorsteher wollen für die ortsfällige Bekanntmachung des Vorstehenden in ihrer Gemeinde Sorge tragen.
 Die. au., 26. November 1921.
 Finanzamt: Voelter.

Zu kaufen gesucht
 5-10 Kubikmeter
buche ne Bohlen
 8-10 cm stark, nur trockene Ware, evtl. Längs gegen 20-25 mm Buchenweil. ee.
 Gustav Kohler, Mühlenbauanstalt, Leinmühle, Fernspr. Stat. Leinach 2.

Jainen, den 20. November 1921.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester
Martha
 danken wir hiemit herzlich. Insbesondere für die vielen Blumenpenden, die liebevollen Hilfeleistungen, die uns schon während ihrer Leidenszeit zu Teil wurden, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Däuer, sowie für den erhabenden Gaiana, geleitet von Herrn Hauptlehrer Niedhammer und die Teilnahme von ihren Altersgenossen von hier und Leinach, sowie den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst.
 Familie Joh. Zuffe.

Ab Donnerstag, den 1. Dezember, habe ich meine
Mehgerei
 wieder geöffnet
 und führe fortwährend fettes Hammelfleisch
 Adolf Ziegler, Mehgerei und Wirtschaft, Lederstraße.

Günstiges Angebot für Wirte.
 Die billigste Zigarette kostet heute 60-80 Pfg.
 Zu alten Preisen sind noch
ca. 500000 Stück
 an Lager und gebe dieselben nur solange Vorrat an Wirte und Wiederverkäufer ab.
 Preis pro 1000 Stück Mk. 250.-, 300.- u. 400.-.
Robert Ott, Calw
 Tabakwarengroßhandlung
 Lederstraße 113. Telefon 133.

Lüchtiges, zuverlässiges
Fräulein oder Frau
 zur Stütze der Hausfrau in ein Geschäftshaus des würt. Amerikandes in angenehmer und gut bezahlter Dauerstellung baldmöglichst gesucht.
 Ein Dienstmädchen ist vorhanden. Gest. Angebote erbeten unter W. Z. E. 273 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Fräulein
 21 J alt, mit schöner Handschrift und in Bucharbeiten bewandert. In d. H. 1 auf 2. Januar 1922 ev. früher geeigneten Posten.
 Angeb. o. e. unter W. Z. E. 273 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Stammheim.
 2 leichere



Ungarn = Pferde
 das eine 2 jährig, das andere etwas älter, jetzt dem Verkauf aus.
 Matthäus Abele.

Henko
 Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
 unentbehrlich für Wasche und Hauswirtschaft
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Preis das Paket Mk. 2.50

Erfahren. Mädchen
 31 Jahre alt,
sucht Stelle
 auf 15. Januar oder 1 Febr. in kleinem Haushalt, Pfarrhaus bevorzugt, womöglich auf dem Lande.
 Angebote mit W. Z. 279 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Lüchtigen Schreiner
 zum sofortigen Eintritt gesucht.
 Georg Kübler, mech. Bau- u. Möbelschreiner, Schömberg, Stat. Hö. en.

Mädchen,
 welches daheim schlafen kann, für 10 ort über Mittag gesucht.
 Frau Lacher.

Ich bin Befreit
 v. allen Hautunreinheiten u. Hautausschlägen, wie Bläschen, Finnen, Pickeln, Hautröte usw. durch tägl. Gebrauch der echten **Rechenpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

Ziehharmonikas
 kosten nächsten Monat fast überall den doppelten Preis. Wir verkaufen aber wegen allg. großem Vorrat weit unter dem heutigen Preis.
Gebrüder Hohn's
 Tiroler Harmonika-Fabrik
 Bergstraße 27 Forstheim Bergstraße 27
 Alle Reparaturen in einem Tag, neue Bälge innerhalb 2 Tagen. Fortwährend stets In- und Ausländische gebrauchte auf Lager. Alte Harmonikas können auf neue umgetauscht werden.

Einige Fuhren kesselfertiges Stockholz
 sofort zu kaufen gesucht.
 Angebote erbeten
Georg Fried & Luz, Leinach
 Dampf-Sägewerk.

Lüchtiger Kaufmann
 per sofort gesucht
Gustav Kohler, Mühlenbauanstalt
 Leinmühle Fernspr. Stat. Leinach 2.

Faust-Handschuhe
 sonstige Winter-Handschuhe
 Geschw. Deutsch. e.
 Elektroalvanischer Heilapparat
 (u. Wöhlm.-Kontak) wenig gebraucht zu verkaufen.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.
 Einen Burschen, aus Treßlen geworben.

In meinem Geschäft, Leinacherstraße 113 ist gegenwärtig ein **Zwicker** liegen geblieben. Der selbe kann gegen Entgelt abgegeben werden bei **Robert Ott, Tabakwaren-Gr. handl., Calw. Fernspr. 133.**
 Eine alleinlebende **Frau** welche noch Hausarbeiten verrichten kann gegen Kost und Wohnung für sich und einen Knaben, 10 J., zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Milchschweine
 (schwarzsch.) verkauft Mittwoch mittags 1 Uhr
W. Fuchs, Schmiedstr., Stammheim.

Mutter-schwein
 verkauft
J. Kuonath, b. Köhle.

Stammheim.
 Ein jun. 4. mal 10 Wochen trächtiges
Mutter-schwein
 verkauft
J. Kuonath, b. Köhle.

20 Zentner Stroh
 tauscht gegen Brennholz
 Karl Wirth, zum B. u. W. Weidenstadt.

Forstamt Hirsau. Stock-Holz-Verkauf.
 Am Freitag, den 2. Dezember 1921, Nachmittags 2^{1/2} Uhr werden im „Alb. den“ in Hirsau, aus Staatswald Herrschaftsbesitzer bei Döbereichenwald **97 Rm. Stock-Holz** (ausl. e. t. e. t. e.), verkauft.

Nr. 280

London, 29. November 1921.
 Die amerikanische Sch...

London, 30. November 1921.
 Die amerikanische Sch...